

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 18:00 bis 21:17 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Christine Schmidt

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

#### **SPD**

Beigeordneter Bernd Bornemann  
Ratsherr Walter Davids  
Ratsfrau Helga Grix  
Beigeordneter Hans-Dieter Haase  
Beigeordneter Horst Jahnke  
Ratsherr Richard Janssen  
Ratsherr Rico Mecklenburg  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Bürgermeisterin Lina Meyer  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze  
Beigeordneter Johann Südhoff  
Ratsherr Richard Woldmer

#### **CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Kurt Hannappel  
Ratsherr Reinhard Hegewald  
Ratsfrau Monika Hoffmann  
Beigeordneter Heinz-Werner Janßen  
Ratsherr Hinrich Odinga  
Bürgermeisterin Andrea Risius  
Ratsherr Benedikt Rosenboom  
Ratsherr Werner Vollprecht

#### **FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Beigeordneter Erich Bolinius  
Ratsherr Rolf Bolinius  
Beigeordnete Hillgriet Eilers  
Ratsherr Holger Klaassen  
Ratsherr Meinhard Meißner  
Ratsherr Franz Melles  
Ratsherr Roland Riese  
Ratsherr Gerhard Schaudinn

(bis 20.35 Uhr)

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken  
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz  
Ratsfrau Christine Schmidt

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

### von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers  
Stadtrat Martin Lutz  
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Protokollführerin Agnes Rauch

2 Zuhörer  
Vertreter der Presse

### Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Schmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Sie gratuliert Frau Grix, Herrn Hegewald und Herrn Hannappel zu ihren Geburtstagen.

### Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Brinkmann** erklärt, dass beantragt worden sei, Punkt 41, Vorlage 14/1340-00 „Aufstellung von Toiletten für Busfahrer und -fahrerinnen; Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2004“ abzusetzen.

**Herr Haase** wundert sich, der Presse entnehmen zu können, dass aufgrund dieses Antrages alles erledigt sei. Er bittet um einen Sachstandsbericht unter Punkt 50 „mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“. Dem wird so entsprochen.

**Frau Schmidt** weist darauf hin, dass die Vorlage 14/1336-00 zu TOP 5 „Gründung der Gesellschaft „Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH“ durch die Vorlage 14/1336-01 ergänzt worden sei. Außerdem sei zu TOP 39 „Resolution zur Situation der Nordseewerke“ die Ergänzungsvorlage 14/1334-02 und zu TOP 40 die Ergänzungsvorlage 14/1335-01 angelegt worden.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

### Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Rates am 13.05.2004 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

### Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14/1336-01  
Gründung der Gesellschaft "Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH"

**Herr Lutz** erläutert, dass es darum gehe, eine finanzielle und finanzrechtliche Optimierung der Bäder herbeizuführen. Daher werde beabsichtigt, als Zwischenschritt eine „Holdinggesellschaft“ mit einzuführen, die Eigentümer des Hallenbades werde. Des weiteren werde die Holdinggesellschaft rund 95 % der Gesellschaftsanteile der Stadtwerke Emden GmbH besitzen. Der Grund hierfür seien zu berücksichtigende Änderungen im Steuerrecht. Er verweist auf die Änderungen in § 8 des Gesellschaftsvertrages. Danach sei die Zusammensetzung personenidentisch mit dem Aufsichtsrat der Stadtwerke. Die neue Gesellschaft werde kein eigenes Personal haben.

Die Stellungnahme des Finanzamtes liege noch nicht vor, erklärt er. Er bitte unter dem Vorbehalt, dass eine positive Stellungnahme des Finanzamtes nachgereicht werde, um Beschlussfassung. Das Abwarten bis zur nächsten Ratssitzung am 04.11.2004 wäre verlorene Zeit, die sich auch bei der Steuerpflicht bemerkbar machen würde. Der Einspareffekt müsse in einem ca. sechsstelligen Betrag liegen.

**Herr E. Bolinius** bemerkt, dass seine Fraktion nicht um Absetzung des Punktes gebeten habe. Er habe lediglich schriftlich angefragt, wie zu verfahren sei, wenn die positive Stellungnahme des Finanzamtes bis zur Ratssitzung nicht vorliegen werde. Seiner Meinung nach könne der Beschluss nur unter dieser Voraussetzung gefasst werden.

**Herr Brinkmann** betont, dass eine Umsetzung des Ratsbeschlusses nur unter dem Vorbehalt einer positiven Stellungnahme des Finanzamtes erfolgen werde.

**Beschluss:** Der Oberbürgermeister der Stadt Emden wird beauftragt,

- den als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag der "Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH" abzuschließen,
- die notwendigen Schritte zur Gründung der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH einzuleiten sowie die erforderlichen Erklärungen abzugeben.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 6** Vorlage 14/1295-00  
Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2005

**Herr Lutz** verweist auf die Finanzplanung des optimierten Regiebetriebes „Gebäudemanagement“ (letzte Seite der Vorlage). Dort seien 5 Mio. € für die Sanierung der Emdener Schulgebäude aufgeführt, die zum Teil schon in Anspruch genommen worden seien (Pestalozzischule und Realschule Herrrentor).

Zur zukünftigen Entwicklung der Stadt Emden bemerkt er, dass die Stadt Emden einige sehr schwere Jahre vor sich habe und es erforderlich werde, ein Haushaltssicherungskonzept zu entwerfen. Um zügig einladen zu können, bitte er bis zum Ende der Sitzung um Auskunft, wer von den Fraktionen sich für eine Arbeitsgruppe zur Verfügung stelle. Wenn möglich, sollten auch schon Punkte, die in dieser Arbeitsgruppe besprochen würden, in diesen Haushaltsplan mit einfließen. Er erläutert die Hauptpunkte, die den Haushalt der Verwaltung in den nächsten Jahren kennzeichnen werden:

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

- sinkende Gewerbesteuereinnahmen
- das Risiko Krankenhaus
- das Risiko Hartz IV

**Herr Haase** meint, auch die Auswirkungen von Entscheidungen der Landesregierung (z. B. im Bereich der Kulturförderung oder des Landesblindengeldes) dürften nicht vergessen werden. Er bitte darum, diese Überlegung als vierten Punkt in die finanziellen Überlegungen mit aufzunehmen. So werde z. B. die Streichung des Landesblindengeldes im Jahre 2005 in Emden einen sechsstelligen Minusbetrag darstellen.

**Herr Ammersken** spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen den Eckdatenbeschluss aus. Zum einen weise der Eckdatenbeschluss erhebliche Risiken auf. Zum anderen sei die FDP-Fraktion mit 4,7 Mio. € Nettoneuverschuldung im Verwaltungshaushalt nicht einverstanden. Seines Erachtens würde man heute etwas verabschieden, was evtl. in einigen Monaten „komplett über den Haufen geworfen“ würde.

**Herr Hegewald** erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Eckdatenbeschluss zustimmen werde, obwohl sie wüssten, dass dieser Eckdatenbeschluss vielleicht mehr Unwegbarkeiten in sich berge als alle bisherigen Eckdatenbeschlüsse. Dennoch sei seine Fraktion der Auffassung, dass Eckdaten ein wichtiger Schritt zu einem Haushalt seien. Es sei daher ein gutes Instrument, welches auch genutzt werden sollte. Seines Erachtens sei es Mitte der 90-er Jahre die FDP-Fraktion gewesen, die stets darauf gedrängt habe, eine höhere Transparenz zu bekommen. Allerdings sollte eine gewisse Flexibilität gegeben sein, um nicht orientierungslos zu werden. Mit der zu gründenden Kommission werde dies schwierig sein.

**Herr Renken** bezieht sich auf die Pressemeldungen, in denen die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen in den niedersächsischen Städten im 1. Halbjahr 2004 dargestellt worden seien. Von 20 Städten hätten dort 14 Städte „zugelegt“ und 6 Städte hätten Einbußen zu verzeichnen gehabt. Die Stadt Emden habe gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 8,3 % und zum 10-Jahres-Durchschnitt sogar um 23,9 % zu verkräften gehabt. Dies sei eine bittere Entwicklung, bezeichne aber genau den Rahmen, in dem die Haushaltsberatungen für das Jahr 2005 stattfinden würden. Seine Fraktion wüsste, dass die vorliegenden Zahlen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet seien, werde sich aber vor einer Entscheidung im Eckdatenverfahren auch in diesem Jahr „nicht drücken“. Damit die Verwaltung überhaupt ihre Haushaltsplanung bis Mitte Dezember 2004 konkretisieren und in den Rat einbringen könne, müssten diese Unsicherheiten „in Kauf“ genommen werden. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es kein Verfahren, welches man je nach „finanzieller Großwetterlage“ in dem einen Jahr durchführe und in dem anderen Jahr nicht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme dem Eckdatenentwurf mit Vorbehalt zu. Mit dem heutigen Beschluss lasse sich seine Fraktion jedoch im VwHH nicht bis zum letzten Euro festlegen. Den gesetzten Rahmen könne die Verwaltung jedoch nur mit einem guten Grund wieder verlassen. Der Rat könne sich freuen, dass die Kommunen mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II um 2,5 Mrd. € entlastet würden. Derzeit sicher wüsste die Stadt Emden zur Zeit allerdings nur, dass die Landesregierung plane, einen Großteil dieser versprochenen Entlastungen für die Sanierung des Landeshaushaltes „abzusahnen“. Hiergegen müsse gemeinsam etwas unternommen werden.

Zum Investitionsprogramm und zum Verwaltungshaushalt erklärt er, dass die Verschuldung der Stadt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht das Hauptproblem sei. Die Kommunalaufsicht habe in ihrem Bericht festgestellt, dass Emden in der Relation zu anderen Städten gut dastehe und sich der Schuldendienst trotz weiterer Erhöhung der Nettoneuverschuldung auch im Rahmen des Eckdatenbeschlusses in einem verträglichen Rahmen halte. Im Vergleich zum Land stellt er fest, dass das Land fast jeden 5. Euro und die Stadt Emden nur jeden 12. Euro im Haushalt für den Schuldendienst aufbringen müsse. Bei weiteren notwen-

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

digen Investitionen sei darauf zu achten, dass ein auf Dauer tragfähiger Schuldendienst auch eingehalten werde.

Für seine Fraktion hätten Investitionen in die Schulbildung die erste Priorität. Hier bestעה auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommunen) ein enormer Nachholbedarf. Deutschland habe eben nicht nur ein schlecht strukturiertes Schulsystem, sondern es werde auch zu wenig darin investiert. Nach dem aktuellen Bericht läge man weit unter dem Durchschnitt aller OECD-Staaten. Die kommunale Ebene habe dazu beizutragen, den Anschluss an die Spitzengruppe in der Welt wieder zu gewinnen. Als Schulträger werde die Stadt Emden nicht umhinkommen, optimale Lernbedingungen durch eine hochwertige Ausstattung mit Gebäuden und Lernmitteln zu schaffen. Das Sanierungsprogramm für die Schulen sei zwar ein wichtiger Schritt, aber seine Fraktion halte auch an dem Ratbeschluss vom 13.05.2004 fest, das Gebäude der Wallschule nur vorübergehend als Außenstelle des JAG zu nutzen. Die vom Rat bereit gestellten Planungsmittel würden der Umsetzung dieses Beschlusses dienen und eine logische Konsequenz sei es, im Rahmen der Haushaltsberatungen die Mittel für die Erweiterungsbauten am JAG im Investitionsprogramm einzustellen.

Größere Sorgen bereite ihm die Entwicklung im Verwaltungshaushalt, denn die Sparvorgaben würden nicht ausreichen. Das Defizit sei vorhanden und der Rat sei verpflichtet, ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen. Allgemein bekannt sei, dass dieses „Loch“ vor allem von dem zu erwartenden Krankenhausdefizit bestimmt würde. Hier würden die Dinge aber in den nächsten Monaten in die Wege geleitet. Dies sollte dahin führen, dass über eine Wirtschaftlichkeitsverbesserung wichtige, wenn nicht entscheidende Beiträge zum Abbau dieses Defizites geleistet werden können. Er erklärt, für notwendige weitere Einsparvorgaben werde es auch bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine Tabus geben.

**Herr Haase** bemerkt, dass der Stadt Emden im kommunalen Finanzausgleich im nächsten Jahr 150 Mio. € weniger zur Verfügung ständen. Bei der Volkshochschule würden dies 40 – 60.000 € ausmachen.

**Herr Ammersken** erläutert, dass der FDP-Fraktion vorgeworfen werde, dass sie sich mit ihrer Ablehnung des Eckdatenbeschlusses mehr oder weniger aus der Verantwortung „stellen“ wolle. Wenn er sich recht entsinne, sei im Oktober 2003 beschlossen worden, die kompletten Haushaltsberatungen auszusetzen, weil eine andere Fraktion mitteilte, dass aufgrund des unsicheren Datenkranzes – damals Steuerschätzungen – eine vernünftige Haushaltsplanung nicht möglich wäre. Er wundere sich, dass dies heute bei einer Vorstufe der Haushaltsplanung nicht möglich sei.

**Herr Brinkmann** erinnert an den noch ausgeglichenen Haushalt im Jahre 2003 und viele große Projekte, die in Angriff genommen worden seien. Keiner würde so komfortabel leben wie die Stadt Emden. Darauf sollte aufgebaut werden. Er finde es sehr traurig, wenn der Rat mit seiner Aufgabe nicht klarkomme.

**Herr Riese** erklärt, dass der allgemeine Optimismus der Liberalen bei so einem Eckwertevorschlag nur verhalten sein könne. Er erinnert an das 3 Mio. € - Defizit des Emdener Krankenhauses. Dieses sei eigentlich kein Risiko mehr, weil man der Lösung des Problems schon wissend „ins Auge“ sehe. Ziel müsse es sein, Kommunalfinzen auf solche Beine zu stellen, dass eine derartige Konjunkturabhängigkeit nicht mehr gegeben sei und dass verlässliche Einnahmeströme da seien. Hierfür könne die Gewerbesteuer nicht das richtige Mittel sein.

Er weist Herrn Haase darauf hin, dass das Landesblindengeld durch eine Blindenhilfe ersetzt werde, so dass die Bedürftigen auch zukünftig eine Hilfe mit erheblichen Landesmitteln erhalten würden. Außerdem möchte er die von Herrn Haase genannten Zahlen (z. B. VHS) in Zweifel ziehen. Hierfür läge noch kein Zuwendungsbescheid vor. Ihm sollte s. E. bekannt sein, dass das NWK noch nach Lösungen suche, die den Schaden nicht in der Größe eintre-

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

ten lasse. Es werde daher in Emden nicht zu einer erheblich schlechteren Entwicklung des Landeszuschusses kommen als in anderen Bereichen. Er betont, dass die FDP-Fraktion nur einem Eckwertebeschluss zustimmen könne, in dem bereits eine klarere Richtung erkennbar sei, wie das Defizit für das kommende Jahr gegen „0“ geführt werden soll. Der Rat werde das Miteinander in den Haushaltsberatungen anstreben. Er möchte daher alle Mitglieder des Rates um Mitwirkung bitten.

**Herr Bongartz** stellt fest, dass damals trotz schwieriger Haushaltslage der Eckdatenbeschluss verabschiedet worden sei. Lediglich als es darum ging, den Haushalt auf der Basis des Eckdatenbeschlusses zu verabschieden, sei dieser verschoben worden. Seine Fraktion werde dem Eckdatenbeschluss heute zustimmen, damit die Verwaltung weiter planen könne. Außerdem finde er es unvoreilhaft, sich schon jetzt öffentlich Gedanken darüber zu machen, welche Projekte zukünftig nicht mehr in Angriff genommen werden könnten. Er fände es wesentlich besser, den Bürgern mitzuteilen, was trotz schwieriger Haushaltslage in der Stadt Emden immer noch bewegt werden könnte.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage beigefügten Eckdaten zum Haushalt 2005.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 027  
Dagegen: 010  
Enthalt.: 000

**Punkt : 7** Vorlage 14/265-09  
Besetzung von Gremien;  
Schnedermann-Brons-Stiftung

**Herr Brinkmann** ergänzt, dass er seinerzeit mit Herrn Gosse Harms die Nachfolge noch besprochen hätte. Mittlerweile sei Herr Harms verstorben.

Beschluss: Herr Dieter Dröst wird als Nachfolger von Herrn Gosse Harms in den Beirat der Schnedermann-Brons-Stiftung berufen.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 8** Vorlage 14/265-10  
Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Rettungsdienst DRK/Stadt Emden GbR

Beschluss: Als Vertreter für Herrn Lutz wird anstelle von Herrn Stadtoberamtsrat Potthast Herr Stadtoberamtsrat Denkmann berufen.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 9** Vorlage 14/1298-00  
Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2005 bis 2008

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

Beschluss: Die der Vorlage 14-1298 als Anlage beigefügte Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2005 – 2008 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 10** Vorlage 14/1326-00  
Besetzung der Stelle des Ersten Stadtrates  
- Verzicht auf die Ausschreibung -  
- Antrag auf Zustimmung der Bezirksregierung Weser-Ems

(Herr Lutz nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

**Herr Brinkmann** erinnert an die Wahl von Herrn Röttgers zum Ersten Stadtrat. Seinerzeit hätte er öffentlich angekündigt, dass er nach dem Ausscheiden von Herrn Röttgers Herrn Martin Lutz zu seinem 1. Stellvertreter bzw. zum Ersten Stadtrat vorschlagen werde. Ein Verzicht auf eine Ausschreibung sei nur möglich, wenn dies mit einer breiten Mehrheit (75 %) vom Rat beschlossen würde. Er beabsichtige dann, im Dezember die Wahl zu vollziehen. Gleichzeitig werde er den Rat bitten, für das Frühjahr 2005 eine Ausschreibung für die Position des Stadtbaurates vorzunehmen. Er werde noch vor den Sommerferien einen Vorschlag mit dem Rat abstimmen, so dass die Stelle sofort nach den Sommerferien besetzt werden könne. Er fügt hinzu, dass ein Teil der Aufgaben auch in einem Zweier-Vorstand erledigt werden könne, weil die nachfolgenden Hierarchien, z. B. im Bereich Finanzen und Abgaben, darauf ausgerichtet seien. Allerdings seien die Aufgaben von Herrn Röttgers so vielfältig, dass er auch ein persönliches Interesse an der Besetzung dieser Stelle habe. Die Bezirksregierung Weser-Ems habe diese Entscheidung positiv bewertet.

Beschluss: 1. Auf die Ausschreibung der Stelle des Ersten Stadtrates wird verzichtet.  
2. Bei der Bezirksregierung Weser-Ems ist die Zustimmung zum Verzicht auf die öffentliche Ausschreibung zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 036  
Dagegen: 000  
Enthalt.: 001

**Punkt : 11** Vorlage 14/1286-00  
Entlassung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Borssum aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

Beschluss: Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Borssum, Herr Rudolf Janssen, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 Nds. Beamtengesetz (NBG) in Verbindung mit § 38 NBG mit Wirkung vom 01.11.2004 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister zu entlassen.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 12** Vorlage 14/1287-00  
Entlassung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Wybel-

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

**Beschluss:** sum/Logumer Vorwerk aus dem Ehrenbeamtenverhältnis  
Der stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk, Herr Thomas Goos, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 Nds. Beamten-gesetz (NBG) in Verbindung mit § 38 NBG zum nächstmöglichen Zeit-punkt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister zu entlassen.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 13** Vorlage 14/1288-01  
Ernennung des Feuerwehrmannes Frithjof Hanssen zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk

**Beschluss:** 1. Der Beschluss vom 03.08.2004 Vorlage Nr. 14/1288 (Ernennung des Feuerwehrmannes Friedhelm Hanssen zum stellvertretenden Orts-brandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk) wird auf-gehoben.  
2. Der Feuerwehrmann Frithjof Hanssen ist zum nächstmöglichen Zeit-punkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamten-verhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk zu ernennen.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 14** Vorlage 14/1289-00  
Entlassung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

**Beschluss:** Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk, Herr Wolfgang Dirks, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 Nds. Beamten-gesetz (NBG) in Verbindung mit § 38 NBG zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister zu entlassen.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 15** Vorlage 14/1197-00  
Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2002

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 Abs. 1 NGO die Jahres-rechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002 und die Entlas-tungserteilung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2002.

**Ergebnis:** einstimmig



## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

**Punkt : 16** Vorlage 14/1199-00  
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V.  
m. § 89 NGO

**Herr Lutz** erklärt, dass die Energiekostensteigerungen an den Schulen (Ziffer 1 a) durch Rechnungen im Dezember 2003 zustande gekommen seien, die nicht mehr vor Kassenschluss bezahlt werden konnten. Übertragene Haushaltsmittel seien nicht vorhanden gewesen, weil die Haushaltsmittel im Prinzip schon ausgeschöpft gewesen seien, so dass diese Kosten aus den Haushaltsmitteln des Jahres 2004 bezahlt werden mussten. Es sei eine komplette Monatsrate mehr bezahlt worden. Nach einer Überprüfung sei festgestellt worden, dass die Stadt Emden im tatsächlichen Energieverbrauch leicht unter dem Vorjahresniveau liege. Dies könne auch mit der Witterung zusammenhängen.

Die überplanmäßige Ausgabe von 1,2 Mio. € im VWHH für die Erziehung in Heimen/Jugendwohngemeinschaften (Ziffer 1 e) sei ein bekanntes Problem. Er weist darauf hin, dass versucht werde, eine Lösung hierfür zu finden. Die Anzahl der Fälle sei erfreulicherweise nicht gestiegen. Allerdings sei festzustellen, dass die Anzahl der Unterbringungstage pro Person angestiegen sei.

Bei den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (Ziffer 1 f) in Höhe von 114.000,-- € werde zur Zeit ein Bearbeitungsrückstand aufgeholt. Dieses seien übrigens Gelder, die im Sozialbereich bei den Einnahmen wieder zu finden seien.

Bei der Grundsicherung (örtl. u. überörtl. Träger) (Ziffer 1 g u. h) sei anfangs schlecht geplant worden. Die Grundsicherung gebe es erst seit dem 01.01.2003, so dass noch keine Erfahrungswerte vorhanden gewesen seien.

Zu den Projektkosten „Pro-Activ-Center“ in Höhe von 78.400,00 erklärt er, dass dies ein durchlaufender Posten sei.

Zu der überplanmäßigen Ausgabe im VMHH für Hard- und Software im FB 300 (Ziffer 3 a) erklärt er, dass diese Software dringend erforderlich sei.

Zum Wertausgleich Sanierung Port Arthur/Transvaal (Ziffer 4 b) berichtet er, dass beabsichtigt werde, dieses Sanierungsgebiet formell aufzuheben und die Ausgabe in Höhe von 1.816.400,00 € aus der Rücklage zu entnehmen. Zu der Anfrage im VA v. 13.09.2004 bezüglich der Höhe der Sanierungskosten erklärt er, dass etwas über 11 Mio. € an Sanierungskosten und weitere 4 Mio. € in Straßen u. ä. investiert worden seien. Über die Jahre hinweg seien fast 20 Mio. € ausgegeben worden.

Er bemerkt, dass die einzelnen über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2004 auf Anfrage noch genauer mit ihm durchgesprochen werden könnten.

**Herr Bongartz** ist bestürzt, dass 1,2 Mio. € überplanmäßig aufgebracht werden müssten, um Jugendliche, die keine elterliche Erziehung genossen hätten, in Heimen unterzubringen. Dies sei eine beängstigende Entwicklung. Er möchte wissen, was aus dem Präventionsrat geworden sei. Seiner Meinung müsste die Sache mit einem Gremium genauer untersucht werden.

Zu Ziffer 3 a der Vorlage 14/1199-00 bemängelt er, dass die Anschaffung der Hard- u. Software durch Mehreinnahmen aus Baugenehmigungen gedeckt werde. Er erinnert daran, dass seinerzeit ein strittiges Gespräch über das Unterschlagen von Mehreinnahmen geführt worden sei.

**Herr Brinkmann** erklärt, dass die Unterbringung von Jugendlichen in Heimen ihm enorme Sorgen bereite. Er werde den Fachbereichsleiter beauftragen, über Standards nachzuden-

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

ken. Hier solle überprüft werden, inwieweit Ausgaben (im oberen, im mittleren bzw. im unteren Bereich) notwendig seien. Er weist darauf hin, dass die Heimunterbringung sehr viel Geld koste, weil es keine Alternative gebe. Zur Zeit würden diesbezüglich Gespräche mit den Landkreisen in Aurich und Leer geführt.

Zum allgemeinen Haushalt könne er die Aufregung von Herrn Bongartz nicht verstehen. Seines Erachtens sollte der Rat sich über die Mehreinnahme im FD 363 freuen.

**Frau L. Meyer** stimmt den Ausführungen von Herrn Bongartz und Herrn Brinkmann zu Ziffer 1 e zu. Ihres Erachtens werde diese Summe auch noch steigen. Sie begrüße die Schaffung eines Gremiums, um dem entgegen zu steuern. Sie meint, dass Elterngespräche hier ebenfalls sehr wichtig seien.

**Herr Riese** begrüßt im Namen seiner Fraktion die Überlegung von Herrn Brinkmann, in dem Bereich über Standards nachzudenken und kündigt Unterstützung an. Er bemängelt, dass über das „Pro-Activ-Center“ nur sehr kurz berichtet worden sei. Gerade für die arbeitslosen Jugendlichen, die auf Hilfe von der Gesellschaft angewiesen seien, begrüße er dieses Projekt. Immerhin würde dieses Geld vom Land Niedersachsen zur Verfügung gestellt.

**Herr E. Bolinius** weist Frau E. Meyer bezüglich ihrer Meldung in der Presse darauf hin, dass 15 Mio. € in den Stadtteil Port Arthur/Transvaal investiert worden seien. Seines Erachtens sollte Frau Meyer dankbar sein und nicht mit solchen Schlagworten in der Zeitung auftauchen.

### Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2004 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zu:

#### **1. Verwaltungshaushalt – überplanmäßig –**

a) Energiekosten Schulen (Gruppierung 5420)	70.000,00 €
b) Grundkosten Wärmelieferung Schulen (Gruppierung 5421)	40.000,00 €
c) Energiekosten Gebäudebetrieb Schulen (Gruppierung 5425)	120.000,00 €
d) Bauliche Unterhaltung Schulen (Gruppierung 5000)	254.400,00 €
e) 4550-7700 u. a. (Budgetring 297) Erziehung in Heimen/Jugendwohngemeinschaften	1.200.000,00 €
f) 4810-7810 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	114.000,00 €
g) 4830-7810 Grundsicherung – örtl. Träger -	250.000,00 €
h) 4830-7825 Grundsicherung – überörtl. Träger -	250.000,00 €

#### **2. Verwaltungshaushalt – außerplanmäßig –**

a) 4510-6340 Projektkosten „Pro-Activ-Center“	78.400,00 €
---	-------------

#### **3. Vermögenshaushalt – überplanmäßig –**

a) 0610-9363 Hard- u. Software FB 300	45.500,00 €
---------------------------------------	-------------

#### **4. Vermögenshaushalt – außerplanmäßig –**

a) 1300-9590 Neubau Ortsfeuerwehr Larrelt	39.000,00 €
b) 6150-9810 Wertausgleich Sanierung Port Arthur/Transvaal	1.816.400,00 €
c) 6600-9610 BAB-Anschlussstelle Emden-Nord, städt. Anteil	160.000,00 €

Ergebnis: einstimmig

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

**Punkt : 17** Vorlage 14/1272-00  
Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden für das Geschäftsjahr 2003

(Herr Brinkmann, Frau Risius, Herr Mecklenburg, Herr Bongartz, Herr Dr. Beisser und Herr E. Bolinius nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

**Beschluss:** Gem. § 26 NSpG wird beschlossen, dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Emden für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 18** Vorlage 14/1306-00  
5. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Emden

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die Änderung der Hundesteuersatzung in der als Anlage beigefügten Form.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 19** Vorlage 14/1307-00  
8. Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Emden

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die Änderung der Vergnügungssteuersatzung in der als Anlage beigefügten Form.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 20** Vorlage 14/1210-01  
Erwerb eines Gesellschafteranteils in Höhe von 3.200 € an der zu gründenden Eisenbahninfrastrukturgesellschaft Aurich Emden Verkehrsschiennetz mbH

**Herr E. Bolinius** erklärt, dass die FDP-Fraktion sich der Stimme enthalten werde, da ihr das Risiko für eine Zustimmung zu groß sei. Es gehe hier zwar lediglich um einen Gesellschafteranteil in Höhe von 3.200 €, aber die Stadt Emden sei anschließend für die Unterhaltung zuständig. In den nächsten 30 Jahren würde ein Betrag von 7,5 Mio. € an Unterhaltskosten investiert werden müssen. Dies gehe auch aus einem Gutachten hervor. Es werde mit jährlichen Kosten in Höhe von 275.000,-- € gerechnet. Das Wirtschaftsministerium gehe allerdings von sehr viel höheren Kosten aus. Obwohl man dem Vertrag entnehmen könne, dass die Stadt Emden sich an Folgekosten nicht beteiligen werde, sehe die Realität seines Erachtens ganz anders aus. Wenn nämlich die Stadt Emden bei Verlusten nicht eintrete, werde eine Insolvenz beantragt. Dies käme jedoch für eine Kommune nicht in Betracht. So müssten die Kosten über diesen Umweg doch von der Stadt Emden getragen werden.

**Herr Haase** meint, der Rat sollte nicht von vorne herein mit Misstrauen an die Sache herangehen. Bislang seien vor allen Dingen „öffentliche Hände“ verlässliche Vertragspartner gewesen. Außerdem gehe es um die Strecke Aurich-Abelitz, die möglicherweise einer der „Hoffnungszellen“ zukünftiger industrieller Entwicklung in Ostfriesland sei. Hieraus könnten

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

sich Chancen nicht nur für den Hafenstandort, sondern auch für den Industriestandort ergeben. Außerdem weist er darauf hin, dass gerade das Wirtschaftsministerium eine solche Gesellschaft forderte, damit überhaupt die weiteren Planungen für Aurich-Abelitz angedacht werden konnten.

**Herr Bongartz** erinnert daran, dass letztendlich der Rat sich dafür ausgesprochen hätte, diese Strecke zu eröffnen. Er meint, wenn schon die Landesregierung dieses Projekt in einer solchen schwierigen Zeit als positiv betrachte, sei dies für die Stadt Emden gut. Hiermit würden zukünftig gewaltige Schwerlasttransporte der Firma Enercon über die Straße wegfallen. Dies sei ein positiver Akt der Wirtschaftsförderung. Die CDU-Fraktion stimme daher dieser Vorlage uneingeschränkt zu.

**Herr Renken** schließt sich den Ausführungen von Herrn Bongartz an und bemängelt die Kritik von Herrn E. Bolinius. Argumente wie „fehlende Risikobereitschaft, fehlender Mut“ könne er nicht gelten lassen. Er ist der Meinung, dass die Firma Enercon der Sache nicht zugestimmt hätte, wenn sie nicht absolut sicher gewesen wäre. Auch er sei von dem Erfolg überzeugt.

**Herr E. Bolinius** betont, dass seine Fraktion ebenfalls für den Bau dieser Strecke sei. Er könne jedoch nicht verstehen, warum die Stadt Emden sich in diesem Maße beteiligen solle.

**Herr Röttgers** erinnert Herrn E. Bolinius daran, dass der Rat dieser regionalen Wirtschaftsförderung zugestimmt habe. Es sei klar, dass für die Umsetzung eine Basis geschaffen werden müsse und dass die Juristen sich mit ihren Formulierungen in dem Gesellschaftsvertrag durchaus abgesichert hätten. Seines Erachtens werde das Risiko nur „herbeigeredet“.

**Herr Schaudinn** erinnert daran, dass am 19.06.2002 einstimmig einem abgeänderten Beschlusssentwurf zugestimmt worden sei. In dieser Sitzung seien bereits Fragen offen geblieben (z. B. EU-Förderung, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Beitritt des Landkreises Aurich, Mehrkosten für die Brückenerweiterung des Knockster Tiefes, Brückenerweiterung bzw. neue Brücke im Hafen), die auch heute noch nicht beantwortet werden könnten. Die FDP-Fraktion werde sich daher der Stimme enthalten.

**Herr Brinkmann** möchte wissen, warum der Rat sich den „Kopf“ des Nds. Wirtschaftsministeriums zerbreche. Es gebe ein Schreiben des Nds. Wirtschaftsministers, nach dem das Verfahren betriebs- und volkswirtschaftlich in Ordnung sei. Das Ganze mache s. E. nur dann Sinn, wenn die Region dem zustimme. Es sei nun notwendig, diesen Gesellschafteranteil einzubringen, damit auch dokumentiert werden könne, dass es eine ostfriesische Einheit gebe. Anschließend zitiert er § 4, Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages. Seines Erachtens seien die bestmöglichen Vorkehrungen getroffen worden, um sich im Anschluss als Kommune nicht beteiligen zu müssen.

**Herr Röttgers** meint, dass es nicht sein könne, dass die Verwaltung fertige Konzepte inklusive Finanzierungsplanung zum Beschluss vorlege. Hier gehe es um eine schrittweise Entwicklung. Es handele sich zunächst um die Grundlage. Alles andere müsse sich weiter entwickeln. Die Sache könne nicht ein ewiger „Zuschuss-Betrieb“ bleiben. Wichtig sei, dass die Stadt Emden eine regionale Wirtschaftsförderung wolle.

**Beschluss:** Die Stadt Emden erwirbt einen Gesellschafteranteil in Höhe von 3.200 € an der zu gründenden Eisenbahninfrastrukturgesellschaft Aurich Emden Verkehrsschiennetz mbH

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

Dafür: 027  
Dagegen: 000  
Enthalt.: 010

**Punkt : 21** Vorlage 14/1245-00  
Sperrungen im Emdener Hafen

**Beschluss:** Die Stadt Emden stimmt der Umsetzung des Internationalen Sicherheitscodes (ISPS), wie sie in Vorbereitung auf die erforderliche Umsetzung zum 01.07.2004 vorgesehen ist, zu.

Weitergehende Sperrungen werden abgelehnt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 22** Vorlage 14/376-01  
37. Änderung des Flächennutzungsplanes (Larrelter Polder; Teilstück zwischen dem VW-Betriebsgelände, der Wolfsburger Str. und dem Sportplatz Larrelt)  
- Feststellungsbeschluss (Stadium III)

**Beschluss:** Die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und der dazugehörige Erläuterungsbericht werden beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 23** Vorlage 14/372-01  
Bebauungsplan D 68, 5. Änderung (Larrelter Polder, Teilstück zwischen dem VW Betriebsgelände, der Wolfsburger Straße und dem Sportplatz Larrelt)  
- Satzungsbeschluss Stadium III

**Beschluss:** a) Die Anregungen des Fachdienstes Umwelt werden berücksichtigt.  
b) Der Bebauungsplan D 68, 5. Änderung nebst Begründung wird gemäß § 10BauGB als Satzung beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 24** Vorlage 14/457-03  
40. Änderung des Flächennutzungsplanes (Stadtteil Barenburg, ehemalige Karl-von Müller-Kaserne;  
- Feststellungsbeschluss (Stadium III)

**Herr Röttgers** erläutert, dass die ersten Überlegungen dem Rat im Jahre 1998 vorgelegt worden seien. Da der Investorendruck und die Nachfrage nicht sehr heftig in den letzten Jahren gewesen seien, konnte in der Zwischenzeit entwickelt und beraten werden. Mittlerweile sei das Gelände teilweise zu einem innerstädtischen „Ruinen-Biotop“ geworden. Jetzt sei endlich ein Investor da, der ein Konzept vorlegen wolle. Er bitte den Rat, der Vorlage zuzustimmen.

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

**Herr Bornemann** schließt sich den Ausführungen von Herrn Röttgers an. Mit dem 33 ha großen Grundstück handele es sich um eine wichtige Sache. Er betont, dass die Kaserne schon 1997 geräumt worden sei. Der Durchführungsbeschluss sei im Jahre 2001 im VA gefasst worden. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung habe im Juli 2002 stattgefunden. Seitdem sei viel diskutiert und einige wesentliche Dinge geändert worden (z. B. die Flächennutzungsplanänderung). Letztendlich stehe der Rat nach 7 Jahren an einem Punkt, an dem endlich Investitionen ermöglicht werden könnten. Er gibt zu bedenken, dass der Rat bei einer Ablehnung wieder am „Punkt 0“ stehen würde. Die Bevölkerung sei stark an der Sache interessiert. Er bittet den Rat, sich dafür auszusprechen.

**Herr Davids** begrüßt die Entwicklung des Kasernenhofes. Er missbillige jedoch die Einrichtung eines Einkaufszentrums dort. Dies würde die vorhandenen Strukturen des Stadtteils zerstören.

**Herr Bongartz** schließt sich dem an. Die Gorch-Fock-Straße sei saniert worden, um das Einkaufszentrum mit Wal-Mart, Schlecker usw. erschließen zu können. Dies sei eines der wesentlichen Zweckbindungen hierfür gewesen. Einem Einkaufszentrum auf dem Kasernenhof könne er nicht zustimmen.

**Herr Dr. Beisser** erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass sie die Entwicklung des Kasernengeländes für die Stadt Emden begrüße. Die Verbindung mit der Sozialen Stadt halte die FDP-Fraktion für unglücklich, weil hier auch Prioritäten gesetzt würden, die für den eigentlichen Stadtteil Barenburg von Nachteil sein könnten. Die Weiterentwicklung der Sozialen Stadt dürfe hierunter nicht leiden.

Zu den Ausführungen von Herrn Bongartz meint **Herr Bornemann**, dass es im Stadtteil und in den gesamten Diskussionen keinen Zweifel daran gegeben habe, dass es nicht um ein Einkaufszentrum, sondern um ein Stadtteilzentrum gehe und dass die Größe des jetzt auf dem Kasernengelände Geplanten volle Zustimmung bei allen gefunden hätte. Es gehe also nicht um die Konkurrenz zum Stadtteil Harsweg, sondern um die Konkurrenz innerhalb des Stadtteiles. Der alte Standort hätte dieselben Auswirkungen auf den Weg der Gorch-Fock-Straße in das Zentrum in Harsweg.

- Beschluss:
1. Die in der Anlage zur Vorlage 14/457/1 beigefügten Anregungen 1.1, 1.5, 9.2 und 12.1 werden berücksichtigt.  
Die übrigen in der Anlage genannten Hinweise und Anregungen betreffen die nachgelagerten Planungen und werden dort berücksichtigt bzw. sind lediglich zur Kenntnis zu nehmen.
  2. Die 40. Änderung des Flächennutzungsplanes und der zugehörige Erläuterungsbericht werden beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 028  
Dagegen: 007  
Enthalt.: 002

Punkt : 25 Vorlage 14/457-03  
40. Änderung des Flächennutzungsplanes (Stadtteil Barenburg, ehemalige Karl-von Müller-Kaserne;  
- Städtebaulicher Vertrag

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

**Beschluss:** Die Stadt Emden schließt mit der Hochtief Construction AG, Karlsruher Str. 2 c, 30519 Hannover, einen städtebaulichen Vertrag gem. § 11 BauGB im Geltungsbereich der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes.

**Ergebnis:** einstimmig

Dafür: 036  
Dagegen: 000  
Enthalt.: 001

**Punkt : 26** Vorlage 14/492-03  
Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt für den Stadtteil Emden-Barenburg;  
- Leitlinie

**Beschluss:** Die Leitlinien für die Sanierung der „Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt für den Stadtteil Emden-Barenburg“ werden beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

Dafür: 036  
Dagegen: 000  
Enthalt.: 001

**Punkt : 27** Vorlage 14/564-03  
4. Änderung des Bebauungsplanes D 5A (Borssum, Ulmenstraße/ Wacholderweg;)  
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

**Beschluss:** Der Bebauungsplan D 5A, 4. Änderung nebst Begründung, wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 28** Vorlage 14/1216-01  
Sanierung Port Arthur Transvaal;  
- Aufhebung der Sanierungssatzung

**Herr Röttgers** erklärt, dass die Zahlen von Herrn E. Bolinius nicht korrekt gewesen seien und erläutert die Ausgaben für dieses Projekt:

Modernisierung	11,5 Mio. €
Erschließungsmaßnahmen	8,0 Mio. €
Gesamtausgabe	19,5 Mio. €

**Herr E. Bolinius** bemerkt, dass er die Zahlen des Stadtkämmerers nur wiederholt habe.

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

Beschluss: Die im Entwurf als Anlage beigefügte Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Emden über die förmliche Festlegung der Sanierungsgebiete im Stadtteil Port Arthur Transvaal vom 20. März 1980, bekannt gemacht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems am 08. August 1980, einschließlich der ersten Änderung der Sanierungssatzung vom 09. Juli 1998, bekannt gemacht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems am 14. August 1998 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 29** Vorlage 14/1058-01  
Benennung von Straßen im Bebauungsgebiet D 98A, II. Änderung (Stadtteil Wolthusen)

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D 98A, II. Änderung, neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

Planstraße A nördlicher Teil	Wilhelmine-Siefkes-Straße
Planstraße A südlicher Teil + Planstr. C	Berend-de-Vries-Straße
Planstraße B	Pastor-Frerichs-Straße
Planstraße D	Johannes-Calvin-Straße

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 30** Vorlage 14/1126-01  
Benennung von Straßen im Industriepark Frisia

Beschluss:

Die neu entstandenen Straßen im Industriepark Frisia werden wie folgt benannt:

Planstraße A	Heinrich-Nordhoff-Straße
Planstraße B	Dieselstraße
Planstraße C	Ottostraße
Planstraße D	Wankelstraße
Planstraße E	Benzstraße
Planstraße F/H/L	Horchstraße
Planstraße G	Borgwardstraße
Planstraße I	Porscheweg
Planstraße K	Daimlerstraße
Planstraße M	Otto-Brenner-Straße
Planstraße N (Verlängerung des IV. Polderweges )	Vierter Polderweg

einstimmig

**Punkt : 31** Vorlage 14/1215-00  
Benennung von Straßen im Bebauungsgebiet D 141 (Gewerbegebiet Harsweg )



## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet D 141 neu entstandene Straße wird

### **Auricher Straße**

benannt.

Ergebnis: einstimmig

### **Punkt : 32**

Vorlage 14/1143-01

Beitritt der Stadt Emden in die neu zu gründende "Ostfriesland und Marketing GmbH";

- Erläuterungen durch Herrn Rainer Gerdes - Emden Marketing und Tourismus GmbH

Beschluss: Die Stadt Emden tritt der neu zu gründenden Ostfriesland Marketing und Tourismus GmbH unter der Voraussetzung bei, dass sich auch die Landkreise Aurich, Ammerland, Friesland, Leer und Wittmund sowie die kreisfreie Stadt Wilhelmshaven beteiligen.

Ergebnis: einstimmig

### **Punkt : 33**

Vorlage 14/1312-00

Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des Emders Weihnachtsmarktes 2004

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-1312-00 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des Emders Weihnachtsmarktes 2004 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

### **Punkt : 34**

Vorlage 14/1313-00

Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des „12. Emders Museumstages“ 2004

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-1313-00 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des „12. Emders Museumstages“ 2004 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

### **Punkt : 35**

Vorlage 14/1112-00

Entlastung der Werksleitung des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden (Eigenbetrieb) für das Rumpf-Wirtschaftsjahr 2002 (01.04.02 – 31.12.02)

Beschluss: Der Werksleitung des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden (Eigenbetrieb) wird für das Rumpf-Wirtschaftsjahr 2002 (01.04.02-31.12.02) die Entlastung erteilt.

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 36** Vorlage 14/1113-00  
Feststellung des Abschlusses sowie des Lageberichtes 2002 (Rumpf-Wirtschaftsjahr 01.04.02 - 31.12.02) und Beschluss über die Behandlung des Jahresergebnisses 2002 (Rumpf-Wirtschaftsjahr 01.04.02-31.12.02), sowie der Eröffnungsbilanz zum 01.04.02

Beschluss:

1. Der

- Abschluss des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden zum 31. Dezember 2002, für das Rumpf-Wirtschaftsjahr 2002 (01.04.02 – 31.12.02) mit einer Bilanzsumme auf der Aktiv- und Passivseite von 107.717.428,30 € und
- der Lagebericht für dieses Rumpf-Wirtschaftsjahr 2002,
- sowie die Eröffnungsbilanz auf den 01.04.2002 mit einer Bilanzsumme auf der Aktiv- und Passivseite von 95.633.308,38 €

werden festgestellt.

2. Ergebnisverwendung

- |  |                    |
|--|--------------------|
| a) Aus dem Jahresgewinn (vor Verzinsung des Eigenkapitals) in Höhe von insgesamt   | 3.152.934,17 €     |
| wird die Eigenkapitalverzinsung, wie grundsätzlich bereits im Wirtschaftsplan für 2002 beschlossen, an die Stadt abgeführt, und zwar in Höhe von insgesamt | 2.645.775,00 €     |
| zur Verrechnung für die endgültigen Beträge 2002 und 2003 danach verbleibt ein Gewinn von  | <hr/> 507.159,17 € |
| b) Aus dem Jahresgewinn wird der Beitragsrücklage im Bereich Stadtentwässerung ein Betrag von  | 328.819,19 €       |
| zugeführt  |                    |
| und im Bereich der Abfallbeseitigung ein Betrag von  | 179.070,27 €       |
| zur Tilgung des Verlustvortrags verwandt.  |                    |
| c) Der Jahresverlust im Bereich Straßenreinigung in Höhe von   | 730,29 €           |
| wird auf neue Rechnung vorgetragen.  |                    |

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 37** Vorlage 14/1302-00  
Eingliederung des Friedhofs- und Bestattungswesens zum Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden, Eigenbetrieb, zum 01.01.2005

Beschluss: Das Friedhofs- und Bestattungswesen wird zum 01.01.2005 in den Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden, Eigenbetrieb, eingegliedert.

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

- Punkt : 38** Vorlage 14/1303-00  
2. Satzung zur Änderung der Eigenbetriebssatzung Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden
- Beschluss:** Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Eigenbetriebssatzung Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden.
- Ergebnis:** einstimmig

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

- Punkt : 39** Vorlage 14/1334-02  
Resolution zur Situation der Nordseewerke;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 07.09.2004

**Frau Schmidt** weist darauf hin, dass es sich zwischenzeitlich um eine gemeinschaftliche Resolution aller Fraktionen des Rates handele.

**Herr E. Bolinius** ist erfreut über den rechtzeitigen Eingang seines Antrages und die Einigung und den Beschluss im VA. Er begrüße diese Resolution.

**Herr Hegewald** spricht sich positiv über die Art des Diskussionsverlaufes aus. Keiner habe sich über Gebühr mit dem Thema profiliert. Jede Partei habe seine Kontakte (z. B. mit dem Wirtschaftsminister oder dem Ministerpräsidenten) genutzt. Auch sei er erfreut über die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er hoffe, dass man zu einem guten Ergebnis kommen werde.

**Herr Jahnke** meint, dies sei kein Grund, um sich irgendwo zu profilieren. Hier gehe es um ein elementares Unternehmen in Emden, an dem viele Arbeitsplätze hingen. Es gehe nicht nur um die Beschäftigten der Nordseewerke, sondern auch um die Zulieferer, für die diese Entscheidung von großer Bedeutung sei. Es sollten zunächst die Fakten abgewartet werden. Der Antrag habe weiterhin Aktualität und werde diese auch in den nächsten Jahren nicht verlieren. Er ist der Meinung, dass es dem Rat sehr gut „zu Gesicht stehe“, wenn gemeinschaftlich demonstriert werde. Er hoffe auf einen einstimmigen Beschluss.

**Herr Renken** erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dieser Resolution mehrheitlich zustimmen werde, obwohl sie keine Freunde der Rüstungsproduktion seien. Er betont, dass es hier nicht um eine Zustimmung zu Rüstungsexporten, sondern um die Unterstützung des Standortes Emden gehe (Sicherung der Arbeitsplätze mit einer Produktbreite, die für diesen Standort erforderlich sei). Er erläutert, dass zu sehr in diesem ganzen Werftenverbund auf den Marine- und zu wenig auf den Handelsschiffbau gesetzt werde. Dies sei eine Position, die seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen voll und ganz unterstützt werden könne. Es sei allgemein bekannt, dass ohne den Handelsschiffbau die Arbeitsplätze auf der Werft in Emden in dieser Breite nicht gesichert werden könnten.

**Herr Brinkmann** ist erfreut darüber, dass es in dieser Sache zu keinem Parteienstreit gekommen sei und alle sehr schnell erkannt hätten, worum es ginge. Die Begleitkommission hätte festgestellt, dass ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht worden sei. Allerdings seien noch Themen offen, die auch benannt worden seien. Hier spiele auch der Handelsschiffbau eine Rolle. Er weist darauf hin, dass insbesondere die Betriebsleitung und der Betriebsrat in den nächsten Wochen „höllisch wach sein müssten“, denn die beste Werft, die auch betriebswirtschaftlich auf gesunden Füßen stehe, müsse sich teilweise mit anderen

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

Standorten messen lassen, die dieses erst noch vor sich hätten. Insofern sollte der Rat die Möglichkeiten der Gespräche nutzen.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden verabschiedet die als Anlage beschriebene Resolution zur Situation der Nordseewerke Emden, die sowohl an die Bundesregierung als auch an den ThyssenKrupp Konzern gehen soll.

**Ergebnis:** einstimmig

Dafür: 036  
Dagegen: 000  
Enthalt.: 001

**Punkt : 40** Vorlage 14/1335-01  
Resolution wegen Anhebung der Gaspreise durch die EWE;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 07.09.2004

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden verabschiedet die als Anlage zur Vorlage 14/1335-01 beigefügte Resolution an die EWE:

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 41** Vorlage 14/1340-00  
Aufstellung von Toiletten für Busfahrer- und fahrerinnen;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2004

**Ergebnis:** Von der Antragstellerin zurückgezogen!

**Punkt : 42** Vorlage 14/667-03  
Bademöglichkeit am Uphuser Meer;  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.07.2004 bezogen auf den Antrag vom 09.10.2003 sowie Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.08.2004

**Herr Röttgers** gibt einen Sachstandsbericht:

Er erläutert, dass der gültige Bebauungsplan von 1976 in der Tat einen Badestrand vorgesehen habe. Als das Uphuser Meer seinerzeit auf 20 m vertieft worden sei, sei geschickter Weise auch Sand in diesen Bereich gespült worden. Dann habe es viele Jahre lang in Frieden eine offene Badestelle gegeben, ohne dass etwas passiert sei. Aufgrund von Nachbarbeschwerden sei dann allerdings eine Medizinaluntersuchung durchgeführt worden mit der Folge, dass Streptokokken und Kolibakterien vorgefunden wurden. Daraufhin sei im Jahre 1994 ein Badeverbot umgesetzt worden. Auch das Betreten der Badestelle sei seitdem verboten. Der nun empfohlene Beschluss, sich allein auf das Aufstellen des Schildes „Betreten auf eigene Gefahr“ zu beziehen, könne aufgrund der Haftungsrisiken in Verbindung mit den erforderlichen Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde nicht ohne bestimmte begleitende Maßnahmen umgesetzt werden. Dies würden diverse juristische Aussagen belegen. In diese Gefahr könne sich die Stadt Emden nicht begeben.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

Um eine offene Badestelle wieder zu ermöglichen, seien folgende Mindestmaßnahmen erforderlich:

1. Eine rechtliche Zuwegung müsse geschaffen werden, da das Grundstück nur über ein Privatgelände betretbar sei.
2. Die bauliche Sicherung müsse gewährleistet sein. Zur Zeit könne nicht mit dem Fahrzeug an den Badestrand gefahren werden.
3. Eine Bojenkette müsse den Nichtschwimmer- vom Schwimmerbereich abgrenzen. In diesem Bereich müssten mindestens alle 14 Tage Unterwasserkontrollen durchgeführt werden.
4. Eine Sand- und Wasserbeprobung habe ebenfalls 14-tägig stattzufinden.
5. Die Reinigung des Strandes (Müllabfuhr) müsse bei gutem Wetter mindestens täglich erfolgen.
6. Aufgrund der Erfahrungen und der jetzt vorliegenden Situation müssten mindestens zwei täglich austauschbare Dixietoiletten aufgestellt werden.
7. Ein Zaun mit abschließbarer Pforte und ein gelegentlicher Nachtdienst, um nächtliche Ruhestörungen und Missbrauch zu unterbinden, seien ebenfalls nötig.

Ca. 150.000,-- € müssten investiert werden. Die Unterhaltung der genannten Maßnahmen (Ziffer 1 – 7) würde sich auf ca. 36.000,-- € pro Jahr belaufen. Hierin sei die Badeaufsicht noch nicht enthalten. Die würde auch nur gefordert, wenn eine bestimmte Frequentierung vorhanden sei. Anschließend erläutert er den geänderten Beschluss.

**Herr Odinga** möchte schon allein aus Kosten- und Haftungsgründen davor warnen, hier eine Bademöglichkeit einzurichten. Er werde nicht zustimmen.

**Beschluss:** Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf, den einstimmigen Beschluss des Verwaltungsausschuss vom 15.12.2003, „Bademöglichkeit am Uphuser Meer“ (Vorlage14/667-01) bis zum 01.05.2005 umzusetzen. Das Umsetzungskonzept wird dem Rat vorgelegt. Die notwendigen Haushaltsmittel sind zu ermitteln.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

Dafür: 027  
Dagegen: 006  
Enthalt.: 004

**Punkt : 43** Vorlage 14/1331-00  
Sanierung eines Sportplatzes an der Kesselschleuse;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 07.09.2004

**Herr E. Bolinius** erläutert, dass die Fraktionen den Sportplatz vor Ort besichtigt hätten, nachdem mitgeteilt worden sei, dass dieser nicht ordnungsgemäß hergestellt worden sei. Sie hätten sich dann davon überzeugen können, dass dort einiges im Argen liege. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass sowohl in der Ausführung als auch in finanzieller Hinsicht eine Überprüfung durch das RPA der Stadt Emden erfolgen sollte. Insgesamt seien ca. 31.000,-- € zur Verfügung gestellt worden, von denen 21.000,-- € ausgegeben worden seien.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

Über die Verteilung der restlichen 10.000,-- € sei seines Wissens in keinem Ausschuss beraten worden. Er betont, dass der Sportplatz Eigentum der Stadt Emden sei. Daher sei die Stadt Emden und nicht der Verein für die Folgekosten zur Verantwortung zu ziehen. Es sollte daher überprüft werden, ob die richtige Schlacke in der richtigen Menge dort angeliefert worden sei und ob der Platz bespielbar sei.

**Herr Brinkmann** warnt vor einer Überprüfung durch das RPA. Es gäbe zwar eine rechtliche Grundlage, aber der Stadtsportbund könne nicht zu einer Überprüfung gezwungen werden. Außerdem sei seit Jahren mit dem Stadtsportbund ein gutes Verhältnis gepflegt worden. Seines Erachtens sollten die festgestellten Mängel beseitigt werden. Das fehlende Geld stehe noch zur Verfügung. Er weise aber darauf hin, dass die Verwendung der noch zu verteilenden Mittel im Sportausschuss bereits bekannt gegeben worden sei.

**Herr Jahnke** hält das Einschalten des Rechnungsprüfungsamtes nicht für sinnvoll. Der entscheidende Aspekt für seine Fraktion sei gewesen, dass der Rat 31.000,-- € mit der Erwartungshaltung zur Verfügung gestellt habe, dass der Sportplatz zu einem vernünftig bespielbaren Platz hergerichtet werde. Es gäbe viele städtische Sportanlagen, bei denen auch die Vereine in eigener Kompetenz, z. B. Blau-Weiß-Borssum, die entsprechenden Sanierungsmaßnahmen durchgeführt hätten. Dies sei eine durchaus übliche Praxis. Ihm sei zugetragen worden, dass der Verein Spiel und Sport selber auf den Stadtsportbund zugegangen sei und um Hilfe gebeten habe. Der Stadtsportbund hätte sich seinerzeit angeboten, dem Verein bei der Herrichtung des Platzes behilflich zu sein. Für diese Bereitschaft könne man den Stadtsportbund nicht haftbar machen. Seines Erachtens könnten die nächsten auf der Liste „bedient“ werden, wenn es gelänge, mit einem geringeren Anteil den Sportplatz wieder herzustellen. Dies sei für die SPD-Fraktion ein gangbarer Weg und entbehre des vorliegenden Antrages.

**Herr Bongartz** bittet den Stadtkämmerer, zu der Finanzsituation Stellung zu nehmen.

**Herr Lutz** berichtet, dass die Arbeiten noch nicht abgeschlossen seien. Frühestens am 27.09.2004 könne von einer Bespielbarkeit des Platzes ausgegangen werden. Er erläutert die vorliegenden Rechnungen:

Fa. EPAS (bereits beglichen)	12.538,02 €
Fa. E+U+T	8.535,28 €
Gesamt:	21.073,30 €

Er erläutert die bereits bekannt gegebene Verwendung der Mittel:

- der ESV für die Zwischenfinanzierung der EU-Mittel	3.000,-- €
- der TB Twixlum für die Beihilfe der Zwischenfinanzierung der Landesmittel	3.000,-- €
- die Jugendförderung „Big Point“ für die Anschaffung von Sportgeräten	2.000,-- €
	29.073,30 €

Es würden somit 2.051,70 € auf dem Konto verbleiben.

**Herr Schaudinn** ist der Auffassung, dass das RPA prüfen sollte, was schief gelaufen sei. Er erklärt, dass 4 cm ausgekoffert worden seien. Vielleicht sei die ausgekofferte Schlacke mit neuer Schlacke vermengt worden und dann wieder aufgetragen worden. Seines Wissens seien 800 t noch zwischengelagert worden. 58 t sollen angeblich verschwunden sein. Er bemängelt, dass die FDP-Fraktion allein hinter dieser Sache stehe.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

**Herr H. W. Janßen** meint, er sei unsicher, wie er sich bei der Abstimmung verhalten solle. Bei einer negativen Abstimmung könne der Verdacht entstehen, dass etwas versteckt werde. Er sei der Meinung, dass das RPA generell am Jahresende vieles prüfen werde.

**Herr E. Bolinius** erklärt zu den Ausführungen von Herrn Jahnke, dass es überhaupt nicht darum gehe, irgendwelche ehrenamtlichen Arbeiten zu diskreditieren. Die FDP-Fraktion werde auf ihren Antrag beharren.

**Herr Haase** meint, es gehe im Moment vordergründig nicht um die rechnermäßige Abwicklung, sondern zunächst müsse die Sache wie jede andere Baumaßnahme auch geprüft werden. Es sei dem Rat nicht damit gedient, in so einer Frage streitig abzustimmen. Er bittet Herrn Brinkmann, seinen Vorschlag zu präzisieren.

**Herr Brinkmann** erklärt, er sei weit davon entfernt, irgend jemanden decken zu wollen. Er wüsste jedoch, was es heiße, wenn Ehrenamtliche Aufträge umsetzen würden. Er nennt als Beispiel den Verein „Blau-Weiß Borssum“, der mit viel Eigeninitiative eine Turnhalle geschaffen habe. Er fände es unmöglich, diese Arbeiten mit kommunalen Mitteln überprüfen zu lassen. Er weist darauf hin, dass der Sportplatz an der Kesselschleuse noch nicht abgenommen worden sei. Somit könne auch niemand etwas beanstanden. Außerdem seien im Sportausschuss zwar die Mittel zugeordnet, aber es seien noch keine Bewilligungsbescheide herausgegeben worden. Vereine seien nicht in der Lage, nach kommunalen Kriterien zu arbeiten. Er warne vor den Folgen in den Vereinen.

**Herr Renken** bittet darum, nicht mit „Kanonen auf Spatzen zu schießen“, sondern zunächst einmal im Sportausschuss einen Sachstandsbericht abliefern zu lassen. Er finde es gut, dass die Problematik einmal in der Öffentlichkeit dargestellt werde.

**Herr Dr. Beisser** bezweifelt, den Platz mit 10.000,-- € in einen vernünftigen Zustand bringen zu können, wenn bisher bereits 20.000,-- € „verschwendet“ worden seien. Im übrigen handle es sich um die Verwendung öffentlicher Mittel, die vom Rat bewilligt würden.

**Herr Bongartz** schließt sich den Ausführungen von Herrn Renken an. Er meint, nach Herabgabe des Sachstandsberichtes könne der Antrag auf der Ratssitzung am 04.11.2004 wieder „ins Leben“ gerufen werden.

**Herr Schaudinn** ergänzt, dass keines der Ratsmitglieder die Korrespondenz zwischen dem Stadtsportbund und den beiden Vereinen gesehen habe. Er könne nicht nachvollziehen, dass zuerst ein Sachstandsbericht vorgelegt werden solle.

**Herr Melles** wundert sich, dass Herr Lutz so kritiklos von Rechnungen der Firmen EPAS und E+U+T spreche. Jeder wüsste, dass es sich bei der Fa. EPAS um eine ehrenwerte Umschlagsfirma handle. Er würde sich diese Rechnungen schon etwas genauer angucken. Umgerechnet müssten für das Geld ca. 1500 t Schlacke dort liegen.

**Frau Schmidt** erkundigt sich, ob die FDP-Fraktion ihren Antrag zurückziehen wolle.

**Herr E. Bolinius** verneint dies. Es wird über den Antrag abgestimmt.

Beschluss: Das Rechnungsprüfungsamt wird vom Rat beauftragt, die Sanierung des Schlackensportplatzes an der Kesselschleuse sowohl in der Ausführung als auch in finanzieller Hinsicht kurzfristig zu prüfen und einen entsprechenden Bericht zu erstellen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

Dafür: 010  
Dagegen: 023  
Enthalt.: 004

**Punkt : 44** Vorlage 14/1332-00  
Entwicklungskonzept Hallenbad Emden;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.09.2004

**Herr E. Bolinius** erläutert seinen Antrag. Es könne nicht so problematisch sein, zunächst ein unverbindliches Angebot hereinzuholen. Immerhin gehe es darum, der Stadt Kosten zu ersparen. Er kritisiert im Namen aller Fraktionen die Nichtbeteiligung an dem Verfahren.

**Herr H. W. Janßen** meint, es gehe lediglich darum, über den FDP-Antrag zu entscheiden. Die Diskussion über das Hallenbad entwickle sich langsam zu einer unendlichen Geschichte. Es könne nicht sein, dass der Stadt ein Auftrag erteilt werde und anschließend wieder neue Anträge gestellt würden, um keine Entscheidung fällen zu müssen. Die CDU-Fraktion werde diesen Antrag ablehnen müssen, da er in der Substanz nichts herbeigebe.

**Herr Jahnke** erklärt, dass es der SPD-Fraktion ähnlich gehe, gerade weil Borssum im Zuge des gesamten Verfahrens durchaus schon einmal in der Diskussion gewesen sei. Der Vorschlag, das Bad zu überdachen, sei jedenfalls nicht neu. Im übrigen sei das Bad in Velbert lediglich 25 m lang, das in Borssum jedoch 50 m lang. Außerdem sei in Borssum noch ein Nichtschwimmerbecken mit einer entsprechenden Wasserfläche vorhanden. Mit 2,9 Mio. € käme die Stadt Emden daher nicht zurecht. Er frage sich, ob die FDP-Fraktion überhaupt noch ein Hallenbad bauen wolle. Er bitte dann um eine ehrliche Aussage, um das Verfahren nicht mit ständig neuen Anträgen und Bedenken zu verzögern. Bezüglich der Beteiligung an dem Verfahren teilt er mit, dass die vorherige Beteiligung des Rates zumindest das Ergebnis gebracht hätte, dass jetzt zwei Alternativen vorlägen, von denen die zweite eine sehr interessante sei. S. E. sollte zunächst die Anhörung am 29.09.2004 abgewartet werden. Diese könnte noch einmal sehr interessant werden, da viele Betroffenen vielleicht noch den einen oder anderen Gedanken hineinbringen würden, der bisher noch gar nicht bedacht worden sei. Ohne dem Ergebnis der Anhörung vorgreifen zu wollen, erklärt er, dass die Tendenz in seiner Fraktion in Richtung Neubau gehe. Die SPD-Fraktion werde den Antrag der FDP-Fraktion heute ablehnen.

**Herr Röttgers** meint, es wäre kein Problem, die Überdachung des Hallenbades prüfen zu lassen, während das Verfahren weiter laufe. Der Hintergrund sei jedoch, möglicherweise im Endeffekt ein Bad weniger zu besitzen. Er erinnert daran, dass dieser Prozess seit über drei Jahre kontinuierlich mit dem Rat abgearbeitet werde. Er erläutere den bisherigen Werdegang. Spätestens in der Ratssitzung am 04.11.2004 müsse eine Entscheidung getroffen werden. Er gibt zu bedenken, dass die Architekten erheblich investiert hätten und evtl. eine Entschädigung fordern könnten. Und selbst, wenn eine Kostenschätzung vorliegen würde, hätte die Stadt Emden immer noch keinen Investorenanbieter oder ein Konzept für den Betrieb. Dies müsse alles neu entwickelt werden und würde viel Zeit in Anspruch nehmen.

**Herr E. Bolinius** stellt fest, dass die FDP-Fraktion auf jeden Fall für ein Hallenbad sei. Es gehe hier lediglich um die Form des Hallenbades.

**Beschluss:** Die Verwaltung wird beauftragt, ein Angebot bezüglich einer Überdachung der beiden Freibäder in Emden zu einem **Allwetterbad** kurzfristig, spätestens bis zur nächsten Sportausschusssitzung, einzuholen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt



Dafür: 010  
Dagegen: 027  
Enthalt.: 000

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 45** Vorlage 14/1337-00  
Tätigkeitsbericht der Frauenbeauftragten

**Frau Fekken** führt aus, dass ihre Tätigkeit als kommunale Frauenbeauftragte nach der NGO eine Pflichtaufgabe sei. Die NGO definiere klar ihr Aufgabenfeld. Allerdings sei man als kommunale Frauenbeauftragte gut beraten, Prioritäten zu setzen, weil das ganze Feld mit dem Personaleinsatz überhaupt nicht leistbar sei. Sie habe schon frühzeitig damit begonnen, die Bereiche „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ und das Thema „Häusliche Gewalt“ auf der einen Seite und die berufliche Situation von Frauen in den Fokus zu nehmen. Daneben habe sie als weiteres den Bereich „Frauen und Beruf“ konkretisiert. Hier würden Frauen in der Kommunalverwaltung gefördert. Als vierten Part sei die Abarbeitung des „Querschnitt-Bereiches“ zu nennen. Sie berichtet, dass sie immer mit sehr vielen Institutionen, Einzelpersonen, Gewerkschaften, Kirchen, Kammern und den einzelnen Fachdiensten der Verwaltung zusammenarbeite. In diesem Zusammenhang bedankt sie sich für die bisherige gute Zusammenarbeit bei den beteiligten Personen. Dennoch möchte sie auf einige Dinge hinweisen, die sie auch in nächster Zukunft sehr stark bewegen möchte:

Es gäbe etliche Veränderungen von maßgeblicher Bedeutung, besonders in den Bereichen „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ und „Häusliche Gewalt. Seit nunmehr fast drei Jahren gebe es das Bundesgesetz „Gewaltschutz“, welches auf kommunaler Ebene auch umgesetzt werde. Es firmiere unter dem Slogan: „Wer schlägt, muss gehen!“ Dieses Gesetz ermögliche dem Opfer, bei häuslicher Gewalt in der Wohnung zu bleiben, während der Täter die Wohnung verlassen müsse. Dieses Gesetz setze voraus, dass die Polizei und andere Institutionen sehr eng miteinander zusammenarbeiteten. Diesbezüglich habe das Land Niedersachsen vor drei Jahren die „Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt“ als Modellprojekt für Ostfriesland eingerichtet. Die Projektförderung laufe Ende des Jahres aus, berichtet sie. Da keine klaren Signale von Hannover kämen, ob eine weitere Finanzierung erfolgen werde, müsse die Verwaltung sich auf kommunaler Ebene Gedanken machen, ob die Beratungs- und Interventionsstelle weitergeführt werden solle. Sie plädiere stark für eine Weiterführung dieser Stelle in kommunaler Trägerschaft, weil mit dem Gewaltschutzgesetz und der Einrichtung der „BISS“-Stellen sehr viel im Bereich der Prävention getan werde. Gerade im Bereich der häuslichen Gewalt könne sehr viel Elend verhindert werden. Schon allein im Jahr 2003 habe es 140 Einsätze bei häuslicher Gewalt gegeben. Bis August 2004 seien es annähernd 80 Fälle gewesen, in denen die Polizei und die „BISS“-Stelle tätig geworden seien.

Die Polizei, die zuerst am Einsatzort sei, gebe ihre Informationen an die „BISS“-Stellen weiter, die dann direkt mit dem Opfer Kontakt aufnahmen. Dadurch könne schon relativ frühzeitig auf Gewaltsituationen in Familien reagiert werden. Sie spüre es auch in der rückläufigen Belegungszahl der Frauenhäuser, dass sich durch diese Aktion die Unterbringung in Frauenhäusern zum Teil erübrige. Die Gewalt richte sich in Familien nicht nur gegen die Frauen, sondern direkt oder indirekt auch gegen die Kinder. Diese Familienstrukturen, die durch Gewalt – gepaart mit Alkohol – zerstört würden, führe letztendlich auch dazu, dass die Stadt Emden eine immer höhere Anzahl an Heimunterbringungen habe. Dadurch, dass die Stadt Emden Modellstandort für die „BISS“-Stellen geworden sei, konnte auch bewiesen werden, dass ein Zusammenwirken von Polizei und sozialen Einrichtungen sehr wichtig sei. Der FB 500 und sie würden in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

diesbezüglich auf den Rat zukommen. Es gehe lediglich um Personalkosten für eine 10 – 15 Stunden-Kraft. Ihres Erachtens sollte auf diese Leistung nicht verzichtet werden. Gleichwohl sei sie bestrebt, herauszufinden, wie stärker im Bereich der Prävention gearbeitet werden könne. Z. B. sollten Eltern darin bestärkt werden, ihre Erziehungsaufgaben zukünftig stärker zu übernehmen. Gerade im muslimischen Bereich gebe es aufgrund der Gewalt an Frauen noch Handlungsbedarf. Auch im Bereich der Gewalt gegen behinderte Frauen und Männer und ältere Menschen müsse perspektivisch noch einiges getan werden.

Die Hartz-Gesetzgebung habe starke, nicht unbedingt positive Auswirkungen für Frauen, erklärt sie. Hier müsse geguckt werden, wie auf kommunaler Ebene entsprechend gegengesteuert werden könne. So habe es seitens der Bundesagentur für Arbeit Emden in den letzten Jahren keine Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen gegeben. Bezüglich der 400-€-Jobs müsse die Frage der Zumutbarkeit geklärt werden. Es solle versucht werden, Frauen in andere Arbeitsbereiche hineinzubringen. Auch sei zu überlegen, welche Vorteile es bringen werde, eine stärkere Familienfreundlichkeit in Emden zu etablieren. Diese sei gepaart mit der Berufstätigkeit. Hier sehe sie für die Zukunft ganz klare Aufgaben in ihrem Gebiet. Auch das Tagesbetreuungsausbaugesetz sei mehr oder weniger „druckfrisch“ und es sei jetzt zu prüfen, wie es hier vor Ort aussehen könne.

Sie habe außerdem die Aufgabe, für die Kolleginnen im Verwaltungsbereich zu „sorgen“. Hier könne positiv vermerkt werden, dass es einen recht hohen Frauenanteil in der Verwaltung gebe, der sich allerdings auf bestimmte Bereiche konzentriere. Diese Frauen seien nicht unbedingt in den Führungspositionen zu finden. Hier sei die Verwaltung, bedingt durch die seit 1999 auf den Weg gebrachte Personalentwicklung, auf einem sehr guten Wege. Gerade für Frauen in Führungspositionen oder in der Nachwuchsförderung könne sehr viel getan werden, so dass sie auch sehr optimistisch sei, die Situation von Frauen in Leitungspositionen jetzt auch langfristig verbessern zu können. Ein Hinderungsgrund liege in der Altersstruktur der Stadt Emden.

Der vierte Bereich sei die ganze Situation in der Stadtverwaltung, in der Politik und in der Stadt Emden. Gespeist werde dieser Bereich zum einen durch ihre Beratungstätigkeit (ca. 40 Beratungen pro Jahr). Das Gros sei jedoch der Informationsbereich. Außerdem würde immer wieder händeringend nach Arbeitsstellen gesucht. Viele Personen würden auch weit unter ihrer Qualifikation tätig werden.

**Herr Riese** ist erfreut über den ausführlichen Bericht. Vielleicht könne auch in den Fachauschüssen einmal berichtet werden. Zu Recht habe Frau Fekken in der Stellenpyramide darauf hingewiesen, dass im unteren Bereich mehr Frauen und im oberen Bereich mehr Männer zu finden seien, meint er. Er möchte wissen, ob jemals im Rat Richtlinien bestimmt worden seien, welche die weiteren Aufgaben zur Förderung des in Satz 1 genannten Ziels der Frauenbeauftragten enthielten. In der Vielfalt der Aufgaben sei Frau Fekken u. a. nach Ziffer 4 des § 5 a NGO für die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zuständig. Hier sei die Möglichkeit gegeben, Akzente zu setzen. Frau Fekken habe dies sehr stark im Bereich der Gewalt getan. Er möchte darauf hinweisen, dass im Landkreis Leer der Akzent sehr stark darin liege, die Berufsmöglichkeiten für Frauen auch über die Verwaltung hinaus zu verbessern. Es gäbe dort

1. die Koordinierungsstelle „Frau und Beruf“
2. den überbetrieblichen Verbund
3. das Unternehmerinnennetzwerk
4. den Familienservice Weser-Ems

Er möchte wissen, inwieweit die 25 %ige Mitgliedschaft an der Koordinierungsstelle sich durch Aktivitäten in Emden darstelle. Außerdem erkundigt er sich, ob es in naher Zukunft möglich sei, eine solche Broschüre, die sich an die Frauen und Männer auch außerhalb der Verwaltung richte, auch mit dem Logo der kreisfreien Stadt Emden zu versehen und inwie-

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

weit die „Segnungen“ des Familienservices Weser-Ems und des überbetrieblichen Verbundes hier spürbar seien.

**Frau Fekken** liest die Bedeutung des Gender Mainstreamings vor. Sie stellt dar, dass das Gender Mainstreaming zeigen solle, inwieweit Regelungen oder Gesetze die Geschlechter in unterschiedlicher Art und Weise berührten. Sie betont, dass es keine Richtlinien für die Frauenbeauftragten gebe. Sie hätten seinerzeit beim Land nachgefragt, was das Land sich unter zusätzlichen Richtlinien vorstelle. Es sei damals mitgeteilt worden, dass sich dies nur auf ganz spezielle Aufgaben der Frauenbeauftragten beziehen würde, die anschließend noch zugeordnet würden. Normalerweise decke der § 5 a der NGO die ganze Bandbreite ab.

Zu den Aktivitäten des LK Leer teilt sie mit, dass die Stadt Emden, der LK Aurich und der LK Leer gemeinsam die Trägerschaft der Koordinierungsstelle „Frauen und Beruf“ innehätten. Finanziell sei die Stadt Emden mit 20 % und die Landkreise Leer und Aurich jeweils mit 40 % beteiligt. Dies heiße, dass alle Aufgaben, die in der vom LK Leer erstellten Broschüre bedauerlicherweise unter dem Logo des LK Leer liefen, natürlich gleichermaßen auch für die Stadt Emden gelten würden und die Leistungen auch für die Stadt Emden erbracht werden. Es werde in Kürze ebenfalls eine Broschüre für die Stadt Emden und den LK Aurich erscheinen

**Herr Bongartz** merkt an, dass vor allen Dingen die Ausführungen von Frau Fekken zur „BISS“-Stelle haushaltsrelevant seien. Er erinnere daran, dass bei der Gründung der „BISS“-Stelle in Aurich die damalige Vertreterin der Landesregierung unmissverständlich zu verstehen gegeben habe, dass nach drei Jahren die Förderung durch das Land beendet sei. Anschließend hätten die Kommunen die Kosten zu übernehmen. Er betont, die „BISS“-Stelle sei als einzige Institution nicht von anderen Behörden abgestoßen worden. Er mache bezüglich der anstehenden Haushaltsberatungen schon jetzt darauf aufmerksam, dass diese ¼-Stelle nicht aufgegeben werden dürfe.

**Frau Schmidt** schließt sich dem Vorschlag von Herrn Riese an, sich den Bericht in den einzelnen Fachausschüssen noch einmal vorzunehmen, um die detaillierten Themen dort noch einmal zu diskutieren.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 46** Vorlage 14/1194-01  
Bericht des Kommunalprüfungsamtes der Bezirksregierung Weser-Ems über die überörtliche Prüfung 2002 der Stadt Emden

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 47** Vorlage 14/1198-00  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2004

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 48** Vorlage 14/1274-00  
Bekanntgabe einer Eilentscheidung gemäß § 66 NGO

Ergebnis: Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004

**Punkt : 49** Vorlage 14/1280-00  
Bekanntgabe einer Eilentscheidung gemäß § 66 NGO

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Punkt : 50** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### 1. Aufstellung von Toiletten für Busfahrer und -fahrerinnen

**Herr Brinkmann** erklärt, dass der Artikel in der Presse von der FDP-Fraktion inhaltlich und fachlich falsch dargestellt worden sei. Sowohl Herr Röttgers als auch er selber hätten mit der Polizei rechtzeitig „die Weichen“ gestellt. Im übrigen sei hierüber nachweisbar auch Herr van Grieken informiert worden. Seines Erachtens sollte so nicht miteinander umgegangen werden.

**Herr E. Bolinius** betont, es läge eine Namensliste vor, aus der hervorginge, welche Busfahrerinnen und – fahrer sich mit einer Toilette am Bahnhof einverstanden erklärt hätten. Den Vorwurf, dass die FDP-Fraktion nicht die Wahrheit sage, müsse er energisch zurückweisen.

**Herr Röttgers** stellt dar, dass im Vorfeld mit der Fa. Reiter's und den Stadtwerken GmbH über die Kürzung der Maßnahmen am Bahnhofsvorplatz gesprochen worden sei. Auch dieses besondere Toilettenhäuschen, welches am ZOB speziell für die Busfahrerinnen und – fahrer vorgesehen gewesen sei, musste gestrichen werden. Zu dem Zeitpunkt sei mit der Taxenzentrale, die dort eine neue Heimstatt finden werde, und mit der Bahn gesprochen worden. Dabei sei festgestellt worden, dass es genug Möglichkeiten gäbe, im Gebäude eine Toilette anzubieten.

### 2. Eckwertebeschluss, Mitglieder der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung und Besetzung der Stelle des Ersten Stadtrates

**Herr Lutz** bedankt sich für die Zustimmung zum Eckwertebeschluss und für die Ernennung der Mitglieder der Arbeitsgruppe, mit der der Haushalt konsolidiert werden solle. Er nennt die Namen der Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Ratsherr Heino Ammersken  
Beigeordneter Erich Bolinius  
Beigeordneter Helmut Bongartz  
Beigeordneter Hans-Dieter Haase  
Ratsherr Horst Jahnke  
Beigeordneter Heinz Werner Janßen  
Ratsherr Bernd Renken

Anschließend bedankt er sich für das ihm in TOP 10 entgegengebrachte Vertrauen.

### 3. Wasserstadt am Hafentor

**Herr Röttgers** teilt mit, dass er vom Vorstand der finanzierenden Bank der Wasserstadt am Hafentor die Nachricht erhalten habe, dass der erste Bauabschnitt gesichert sei. Er erläutert die einzelnen jetzt folgenden Maßnahmen. Es könne damit gerechnet werden, dass der erste Rammschlag noch im November stattfinden werde.

### 4. Verabschiedung von Herrn Röttgers

**Herr Röttgers** informiert den Rat darüber, dass sein letzter Arbeitstag der 29.10.2004 sein werde und dies seine letzte Ratssitzung gewesen sei. Er gibt einen Rückblick über seine fast

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.09.2004**

---

30-jährige Tätigkeit bei der Verwaltung. Viele ehemalige Ratsmitglieder hätten einen positiven Eindruck bei ihm hinterlassen, betont er. Zu behaupten, frühere und heutige Zusammenarbeit zwischen Rat und Stadtbaurat sei immer harmonisch und konstruktiv gewesen, träfe nicht ganz die Wahrheit. Dennoch stelle er für sich persönlich fest, dass der Rat in wesentlichen Fragen seiner Tätigkeiten immer sehr weise entschieden habe. Er gibt seinen Dank an den Rat für die vielen schönen Projekte, die er mit entwickeln und begleiten durfte. Immerhin sei gemeinsam in den letzten Jahren flächenmäßig mit den umfangreichen Bau- und Gewerbegebieten eine der größten Stadterweiterungen in der Geschichte Emdens vollzogen worden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.